

KAISER Wilhelm II.

Ereignisse und Gestalten

Aus den Jahren

1878-1918

Auszug

Seite 30-37

1922

Verlag von R.F.Koehler in Leipzig und Berlin

.....

Unrecht - bedrückt fühlten, sowie über ihre Absichten, Hoffnungen und Wünsche für die Zukunft. Er erwarb sich bald allgemeine Anerkennung und Beliebtheit bei den Arbeitern und wusste sie so richtig zu behandeln, daß in seinem Rayon absolute Ruhe herrschte. Durch nervöse und besorgte Telegramme der Großindustriellen und Behörden, die auch beim Reichskanzler einliefen, veranlaßt, fragte ich bei Michaelis an, wie die Lage aufzufassen sei. Als Antwort traf folgendes Telegramm ein: „Alles ruhig, mit Ausnahme der Behörden.“ Auf Grund aller im Laufe des Frühjahrs und Sommers einlaufenden Meldungen und Berichte sammelte sich ein Material an, das klar

erkennen ließ, daß in der Industrie nicht alles in Ordnung war. Mancher Wunsch der Arbeiter hatte seine Berechtigung und hätte zum mindesten wohlwollender Prüfung unterzogen werden sollen, sowohl seitens der Arbeitgeber, wie der Behörden. Diese Erkenntnis, welche auch von meinem von mir befragten, in den sozialen Erscheinungen besonders seiner Provinz gut orientierten früheren Erzieher, Geheimrat Dr. Hinzpeter, bestätigt wurde, ließ in mir den Entschluss reifen, den Staatsrat zusammenzurufen, zu den Verhandlungen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzuzuziehen und unter meinem persönlichen Vorsitz eine eingehende Beleuchtung der Arbeiterfrage zu veranlassen. Es sollten dabei leitende Grundsätze und Material gewonnen werden, die dann dem Kanzler und der preußischen Staatsregierung als Unterlagen für die Ausarbeitung dementsprechender Gesetzesvorlagen dienen sollten.

Mit diesem Gedanken trat ich an Erzellenz v. Böttlicher heran, der sofort den Widerstand des Kanzlers gegen solches Verfahren in Aussicht stellte und dringend davon abriet. Ich befand: „Je veux etre un roi des geueux“ („Ich will ein König des Armen sein“); es sei meine Pflicht, für die von der Industrie aufgebrauchten

Landeskinder zu sorgen, ihre Kräfte zu schützen und ihre Existenzmöglichkeiten zu verbessern. Der vorhergesagte Widerstand des Fürsten ließ nicht lange auf sich warten. Kostete, da die Großindustrie sich zum Teil hinter den Kanzler scharte, viel Mühe und Kämpfe, bis meine Absicht durchgesetzt war. Der Staatsrat trat unter meinem Vorsitz zusammen. In der Eröffnungssitzung erschien unerwartet auch der Kanzler. Er hielt eine Ansprache, in der er das ganze von mir ins Wert gesetzte Unternehmen mit Ironie kritisierte und mißbilligte und seine Mitwirkung versagte. Dann verließ er den Saal. Nach dem Fortgang des Kanzlers stand die Versammlung unter dem Eindruck dieser eigenartigen Szene. Die Wucht und Rücksichtslosigkeit, mit der der Kanzler für seine und gegen meine Politik eintrat, weil er von der Richtigkeit seiner Auffassung durchdrungen war, machte auf mich und alle anwesenden einen imponierenden Eindruck. Trotzdem mußte mich der Vorfall tief verletzen. Die Versammlung nahm dann ihre Arbeit wieder auf und lieferte reiches Material zur Weiterbildung der von Kaiser Wilhelm dem Großen ins Leben gerufenen sozialen Gesetzgebung, die den Stolz Deutschlands bildet und eine Fürsorge für das Arbeitende

Volk darstellt, wie sie in keinem Lande der Welt zu finden ist.

Daraufhin beschloß ich, einen allgemeinen Sozialkongreß einzuberufen. Auch dem widersetzte sich Fürst von Bismarck. Die Schweiz hegte einen ähnlichen Gedanken und beabsichtigte, einen Kongreß nach Bern zu berufen. Der schweizerische Verwandte Roth erfuhr von meiner Absicht und empfahl die Einstellung der Einladungen nach Bern und die Annahme einer solchen nach Berlin. So geschah es. Dank der Loyalität des Herrn Roth konnte der Kongreß nach Berlin einberufen werden. Das aus ihm resultierende Material ist zu Gesetzen verarbeitet und ausgenutzt worden, allerdings nur in Deutschland.

Späterhin habe ich mit Bismarck über sein Ansinnen, die Sozialisten im Falle revolutionärer Betätigung durch Kanonen und Bajonette zu bekämpfen, gesprochen und versucht, ihn davon zu überzeugen, daß ich, kaum daß Kaiser Wilhelm der Große nach geseigneter Regierung die Augen geschlossen, noch unmöglich meine ersten Regierungsjahre mit dem Blut meiner eigenen Landeskinder beflecken könne. Bismarck blieb dabei und erklärte, er werde das auf seine Kappe nehmen, ich sollte ihm die Sache nur

überlassen. Ich erwiderte, daß ich das mit meinem Gewissen und meiner Verantwortung vor Gott nicht vereinbaren könnte, um so weniger, als ich wüßte, daß die Arbeiterwelt in einer schlechten Lage sei, die unbedingt gebessert werden müßte.

Der Gegensatz der Anschauungen des Kaisers und des Kanzlers über die soziale Frage , d. h. die Förderung des Wohles der Arbeiterbevölkerung unter Anteilnahme des Staates, ist der eigentliche Grund zum Bruche zwischen uns gewesen und hat mir die Feindschaft Bismarcks und damit die eines großen Teils des ihm ergebenen deutschen Volkes und besonders des Beamtentums auf Jahre hinaus eingetragen.

Dieser Gegensatz zwischen dem Kanzler und mir entstand durch seine Meinung, daß die soziale Frage mit scharfen Maßregeln und eventuell mit der Truppe gelöst werden könne, nicht aber mit Grundsätzen allgemeiner Menschenliebe oder Humanitätsduselei, die er bei mir annehmen zu müssen glaubte. Bismarck war -- das möchte ich nach dem gesagten betonen - nicht etwa arbeiterfeindlich. Im Gegenteil er war ein viel zu großer Staatsmann, um die Wichtigkeit der Arbeiterfrage für den Staat zu verkennen. Er faßte diese ganze

Angelegenheit aber rein vom staatlichen Zweckmäßigkeitsstandpunkt auf. Der Staat sollte für die Arbeiter sorgen, soweit und wie dies der Regierung gut schien. Von einer Mitwirkung der Arbeiter bei diesem Werke war kaum die Rede. Verhetzungen und Auflehnungen sollten scharf, nötigenfalls mit Waffengewalt, unterdrückt werden. Fürsorge auf der einen, die Panzerfaust auf der anderen Seite, das war die Bismarcksche Sozialpolitik. Ich aber wollte die Seele des deutschen Arbeiters gewinnen und habe um dieses Ziel heiß gerungen. Ich war von einem haren Pflicht- und Verantwortlichkeitsbewußtsein meinem ganzen Volke, also auch den arbeitenden Klassen gegenüber, erfüllt. Was diesen Rechts wegen und billigerweise zukam, sollte ihnen werden, und zwar, soweit es angängig oder notwendig war, wo der Wille und das Vermögen der Arbeitgeber aufhörten, von Seiten des Landherren und seiner Regierung. Sobald ich erkannt hatte, daß Verbesserungen notwendig waren, zu denen sich die Industrie zum Teil nicht verstehen wollte, griff ich aus Rechtsgefühl für die Arbeiterschaft ein.

Ich hatte genügend in der Geschichte studiert, um nicht den Illusionen allgemeiner

Volksbeglückungsmöglichkeit zum Opfer zu fallen.

Das es einem Menschen nicht möglich ist, ein Volk „glücklich“ zu machen, war mir klar. Schließlich ist, ein Volk glücklich, das zufrieden ist oder wenigstens sein will, ein Wille, der allerdings ein gewisses Maß an Erkenntnis des möglichen, also Sachlichkeit, voraussetzt. Leider gebricht es daran recht oft!

Ich wußte genau, daß bei den maßlosen Forderungen der sozialistischen Führer die unberechtigte Begehrlichkeit stets neu entfacht werden würde. Aber gerade um den unberechtigten Inspirationen mit reinem Gewissen und überzeugend entgegenzutreten zu können, durften berechtigten die Anerkennung und Förderung nicht versorgt werden. Die das Wohl der Arbeiter ins Auge fassende Politik hat zweifellos den gesamten industriellen Deutschlands durch die bekannten Gesetze für den Arbeitsschutz schwere Lasten in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt auferlegt - zumal einer Industrie gegenüber wie der belgischen, die ungehindert die Menschenreserven Belgiens mit billigen Löhnen bis zum letzten Tropfen ausquetschen konnte, ohne Gewissensbisse darüber zu empfinden und

ohne Mitgefühl für die sinkende Moral des ausgeschöpften, ungeschützten Volkes. Solche Zustände habe ich für Deutschland unmöglich gemacht durch meine soziale Gesetzgebung, deren Einführung ich auch in Belgien während des Krieges durch Generaloberst Freiherrn v Bissing zum Wohl der belgischen Arbeiter veranlaßte. Diese Gesetzgebung ist aber zunächst, um einen sportlichen Ausdruck zu gebrauchen, ein Handicap auf der deutschen Industrie im Weltkonkurrenzkampf gewesen und verstimmte viele Großindustrielle, was von ihrem Standpunkte verständlich war. Der Landesherr muß aber stets das Gesamtwohl im Auge haben, und deshalb bin ich meinen Weg unbeirrt weitergegangen.

Diejenigen Arbeiter andererseits, die blindlings den sozialistischen Führern folgten, haben mir keinen Dank für den ihnen geschaffenen Schutz und für meine Arbeit gezollt. Uns trennt der Wahlspruch der Hohenzollern: „Suum cuique“. Das heißt „Jedem das Seine“, aber nicht wie die Sozialdemokraten wollen „allen dasselbe“! Auch der Gedanke beschäftigte mich, wenigstens der kontinentalen Industrie Europas durch eine Art von Kontingentierung des Absatzes im Auslande einen Teil des

Konkurrenzkampfes zu ersparen und dadurch eine Erleichterung der Produktion zu schaffen, die wiederum eine gesündere Lebensweise der arbeitenden Klasse ermöglichen sollte.

Sehr bezeichnend ist der Eindruck, den fremde Arbeiter beim Studium der sozialen Gesetzgebung in Deutschland gewannen.

Wenige Jahre vor dem Kriege erwachte man in England unter dem Druck der Arbeiterbewegung zu der Überzeugung, daß es geboten sei, für die Arbeiter besser zu sorgen. Es kamen Kommissionen nach Deutschland, auch solche von Arbeitern. Sie besuchten unter Führung von deutschen Vertretern, auch von Sozialisten, die Industriegebiete, Fabriken, Wohltätigkeitsanlagen, Heilstätten der Versicherungsgesellschaften usw. und waren überrascht von allem, wandte sich der englische Führer der Arbeiterdeputationen an Bebel mit der Schlußbemerkung: „Nach dem, was wir alles gesehen haben, was in Deutschland für die Arbeitswelt geschieht, frage ich Sie: da sind Sie auch noch Sozialist?!“ einem Gewährsmann gegenüber bemerkten die Engländer, wenn es ihnen gelänge, nach langen Kämpfen in ihrem Parlament den zehnten Teil von dem durchzusetzen, was in Deutschland

schon seit Jahren für die Arbeiter geschähe, dann würden sie sehr zufrieden sein. Ich hatte diese Besuche der englischen Deputationen mit Interesse verfolgt und wunderte mich über deren Unkenntnis der deutschen Verhältnisse. Noch mehr aber über die durch die englische Botschaft übermittelten Fragen der englischen Regierung zu demselben Thema, die eine geradezu erstaunliche Unkenntnis der in Deutschland auf dem Gebiet sozialer Reformen erfolgten Entwicklung verrieten. Ich befragte den englischen Botschafter und bemerkte, England sei 1890 auf dem Berliner Sozialkongreß vertreten gewesen und habe doch gewiß, wenigstens durch die Botschaft, Kenntnis erhalten von den Reichstagsdebatten, die über die einzelnen sozialen Maßnahmen in breiter Weise stattgefunden hatten. Der Botschafter erwiderte: Er habe denselben Gedanken gehabt, daher habe er die früheren Alten der Botschaft nachsehen lassen. Dabei sei konstatiert worden, daß seitens der Botschaft auf das genaueste nach London Bericht erstattet worden und daß über jedes wichtige Stadium der fortschreitenden sozialen Reformen umfangreiche Berichte nach Hause gesandt worden seien; allein „because they

came from Germany, nobody ever read them, they were simply >>pigeonholed<< and remained there ever since, it is a downright shame! Germany does not interest people at home“. (Weil sie aus Deutschland kamen, wurden sie von niemand gelesen, man packte sie einfach in die Aktenschränke, und dort sind sie seitdem geblieben. Es ist eine Schande! Deutschland interessiert die Leute zu Hause nicht.“) So fügte der Brite achselzuckend hinzu. Weder König noch Parlament besaßen das Gewissen oder Zeit oder Lust, sich mit der Hebung der Arbeiterklasse zu beschäftigen. Die „Einkreisungspolitik“ zur Vernichtung Deutschlands, vor allem seiner Industrie und damit seiner Arbeiterbevölkerung, war ihnen viel wichtiger und lohnender. Am 9. November 1918 schlossen sich die radikalen deutschen Sozialistenführer mit ihrer gleichartigen Gefolgschaft diesem britischen Vernichtungswerke an. - -

Auch im kleinen habe ich auf Gebieten, die meinem Einfluss zugänglich waren, Z.B. in der Verwaltung meines Hofes, im kaiserlichen Automobilclub u. dgl. Den den sozialen Gesichtspunkten zur Geltung verholfen. So habe ich u.a. aus den Geldern, die bei der Besichtigung der Schlösser den Dienern gegeben

wurden, einen Fonds errichten lassen, der als lediglich der Dienerschaft gehörend angesehen wurde und im Laufe der Zeit eine stattliche Summe erreicht hatte. Aus diesen Mitteln erhielten die Diener und ihre Familien Badereisenzulagen, Kurkosten, Begräbniskosten, Aussteuern für Kinder, Konfirmationszulagen und ähnliche Zuwendungen.

Als ich auf die Bitte des neugeschaffenen „Kaiserlichen Automobilclubs“ das Protektorat über ihn angenommen hatte, folgte ich einer Einladung zu einem Frühstück in den schönen Räumen des von ihnen gebauten Hauses. Hier fand ich außer Magnaten, wie den Herzögen von Ratibor, von Ujest u. a., eine Menge Herren aus der Berliner haute finance und Industrie vor, die sich teilweise recht „hermelintoll“ gebärdeten. Als das Gespräch auf die Wagenführer kam, schlug ich vor, einen Fonds zu gründen, der diesen bei Unglücksfällen eine Beihilfe für die Krankheitsbehandlung, bei Todesfällen eine Sicherstellung ihrer Hinterbliebenen gewähren sollte. Der Vorschlag fand allgemeinen Beifall, und der Fonds hat dann sehr segenreich gewirkt. Eine ähnliche Einrichtung habe ich späterhin auch für die

Kapitäne und ersten Steuerleute im „kaiserlichen Yacht-Club“ in Kiel geschaffen. Besondere Freude bereitete mir das von mir gegründete „Kaiser Wilhelm-Kinderheim“ in Ahlbeck, in dem im Frieden alljährlich von Mai bis September, abteilungsweise alle vier Wochen wechselnd, eine große Anzahl von Kindern aus den ärmsten Berliner Arbeitervierteln untergebracht wurden. Das Heim steht heute noch unter der bewährten Leitung der hervorragenden Oberin Fräulein Kirchner, der Tochter des früheren Oberbürgermeisters von Berlin, und hat sowohl physisch wie psychisch ein glänzendes Resultat erzielt. Aus abgehärmten, blassen, dürstigen Großstadtkindern wurden frische, blühende, lebensfreudige kleine Wesen, von deren Gedeihen ich mich des öfteren persönlich freudebewegt überzeugt habe. --

Ich möchte, gerade weil ich von meinem Zerwürfnis mit Bismarck wegen der Arbeiterfrage gesprochen habe, -- außer dem vorhin über seine grundsätzliche Stellung gesprochen habe, -- ein Beispiel dafür anfügen, wie glänzend sich der Fürst in einer Angelegenheit benahm, die die Arbeiterschaft anging. Dabei haben ihn gewiß auch nationale Motive geleitet, aber er erkannte doch sofort,

daß es galt, eine große Belegschaft vor Arbeitslosigkeit zu schützen, und griff mit seiner ganzen Autorität durch. Ich hatte -- noch als Prinz Wilhelm -- in Stettin etwa 1886 in Erfahrung gebracht, daß die große Schiffsbauwerft „Vulkan“ aus Mangel an Bestellungen vor dem Konkurs und damit die ganze mehrtausendköpfige Arbeiterschaft vor der Brotlosigkeit stand. Dies war auch für die Stadt Stettin katastrophal. Die Werft konnte nur über eine Bestellung auf ein großes Schiff über Wasser gehalten werden. Sie war, durch Admiral v. Storch seinerzeit aufgefordert -- um uns vom englischen Schiffsbau endlich loszumachen --, mutig darangegangen und hatte das erste deutsche Panzerschiff gebaut, dessen Taufe Anno 1874 meine Mutter an ihrem Geburtstag vollzog, wobei ich zugegen gewesen bin. Seither hatten ihre Schiffe stets die Zufriedenheit der Kriegsmarine erworben; doch diese baute nur selten.